

**Stellungnahme Gas Connect Austria:
Zwischenberichte zu den KEMA-Gutachten**
(Stand 12. Jänner 2012)

Inhalt:

Präambel	3
1 Stellungnahme zu Balancing.....	4
1.1 Modellvorschlag Gas Connect Austria zu Bilanzierungs- und Ausgleichssystem	4
1.1.1 Beschreibung des Modellvorschlags	4
1.1.2 Eigenschaften des Modellvorschlags für Marktteilnehmer	6
1.1.3 Erfüllung der nationalen Vorgaben durch den Modellvorschlag	6
1.1.4 Erfüllung der europäischen Vorgaben durch den Modellvorschlag	7
1.2 Beantwortung der Fragen	10
2 Stellungnahme zu Entry-/Exit-Kapazitäten.....	13
2.1 Modellvorschlag Gas Connect Austria zu Entry/Exit-Kapazitätsmodell.....	14
2.1.1 Ergebnisse des Modellvorschlags	15
2.1.2 Eigenschaften des Modellvorschlags für Marktteilnehmer	15
2.1.3 Erfüllung der nationalen Vorgaben durch den Modellvorschlag	16
2.1.4 Erfüllung der europäischen Vorgaben durch den Modellvorschlag	17
2.2 Beantwortung der Fragen	18
3 Stellungnahme zu Tarifmodell.....	19
3.1 Anforderungen an das Tarifmodell	19
3.2 Anmerkungen zu den vorgestellten Zwischenergebnissen	20
3.3 Beantwortung der Fragen	21

PRÄAMBEL

Aus Sicht von Gas Connect Austria ist die für den 20.12.2011 versprochene Präsentation von Zwischenergebnissen als erster verfehlter Meilenstein einer überaus ambitionierten Umsetzungsplanung zu sehen.

Die präsentierten „Zwischenergebnisse“ haben den Charakter eines Projektstatus und lassen keinerlei Rückschlüsse auf das zukünftige österreichische Marktmodell zu.

Dort wo über eine allgemeine Ausgangsanalyse (Bilanzierung) hinaus methodische Ansätze erkennbar gemacht wurden (Kapazitäts-Simulationen bzw. Tarifmodell) sind diese derartig ergebnisoffen formuliert, dass eine Stellungnahme und eine Beantwortung der gestellten Fragen den Marktteilnehmern nahezu unmöglich bzw. nicht zuzumuten ist, weil sie eine parallele Durchführung der an KEMA kontrahierten Arbeit erfordern würde.

Sowohl die vorgestellte Tarifiermittlungsmethodik, als auch die Kapazitäts-Simulationen liefern in Abhängigkeit von den gesetzten (und nicht vorgestellten) Parametern vollkommen beliebige Ergebnisse und erwecken nur den Anschein einer objektivierten Ermittlungsmethode. So ist über den Ausschluss von Lastfluss-Szenarien ein beliebig hoher Kapazitätsausweis erzielbar - allerdings mit dem grundsätzlichen Makel, dass dieser Kapazitätsausweis vom Netzbetreiber nicht mehr im Sinne „fester“ Kapazitäten garantiert werden kann. Gleiches gilt für die Tarifiermittlungsmethodik, die abhängig von den in Schritt 3 zur „Feinjustierung“ gesetzten Nebenbedingungen wahlweise transportpfadabhängige oder gleichgeschaltete Ein-/Auspeise-Tarife liefert - der einzig immer erfüllte „Nutzen“ des Modells, besteht darin, dass unter Berücksichtigung jedweder Nebenbedingung die gesamte genehmigte Kostenbasis auf Ein- und Auspeiseentgelte verteilt wird (Details siehe unten).

Die präsentierten Ländervergleiche berücksichtigen ohne Angabe von Gründen eine willkürliche und je nach Thema (Bilanzierung, Entry-/Exit) unterschiedliche Auswahl von Ländern, die jedenfalls hinsichtlich der österreichischen Besonderheit als primäres Transitland nur sehr bedingt vergleichbar sind.

Parallel zu den laufenden Projekten von KEMA hat Gas Connect Austria (entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen des Marktgebietsmanagers) Modelle zur Bilanzierung und Kapazitätsermittlung ausgearbeitet und mit Fernleitungsnetzbetreibern, Verteilergebietsmanager und ECA vorabgestimmt, um eine inhaltliche Diskussion der zukünftigen Ausgestaltung des österreichischen Marktmodells zu unterstützen und eine frühzeitige Umsetzung durch alle Marktteilnehmer zu ermöglichen.

Diese Modelle werden im Rahmen der Stellungnahmen zu Bilanzierung und Kapazitätsmodell kurz vorgestellt und hinsichtlich der Eigenschaften für Marktteilnehmer sowie hinsichtlich der Erfüllung nationaler und europäischer Vorgaben beschrieben.

In Anbetracht des bisherigen Umsetzungsstatus erachtet Gas Connect Austria den Umsetzungstermin 1.1.2013 im Hinblick auf die erforderliche IT-Umsetzung zunehmend unrealistisch, sofern nicht umgehend inhaltliche Festlegungen entsprechend der von Gas Connect Austria vorgeschlagenen Modellvorschläge erfolgt.

1 STELLUNGNAHME ZU BALANCING

1.1 MODELLVORSCHLAG GAS CONNECT AUSTRIA ZU BILANZIERUNGS- UND AUSGLEICHSSYSTEM

Gas Connect Austria hat in seiner Verantwortung als Marktgebietsmanager einen Modellvorschlag zu einem einheitlichen Bilanzierungs- und Ausgleichssystem für Fernleitung und Verteilung ausgearbeitet. Dieser Modellvorschlag hat im Wesentlichen folgende Merkmale:

- Keine Trennung des Bilanzierungssystems nach Fernleitung und Verteilergebiet, sondern nach der logischen Aufgabenteilung zwischen zeitnaher Bilanzierung entsprechend den europäischen Vorgaben und der Abrechnung von Differenzen zwischen dem prognostizierten Verbrauch von Endkunden und tatsächlichen Messwerten
- Einfaches und transparentes Verfahren
- Minimierung der Kosten des Bilanzierungs- und Ausgleichssystems für die Marktteilnehmer
- Verursachungsgerechte Zuordnung der Kosten des Bilanzierungs- und Ausgleichssystems. Marktteilnehmer im Verteilergebiet werden nicht durch Ungleichgewichte verursacht anderer Marktteilnehmer auf Fernleitungsebene belastet und vice versa.
- Erfüllung der nationalen und europäischen Rechtsvorschriften

1.1.1 Beschreibung des Modellvorschlags

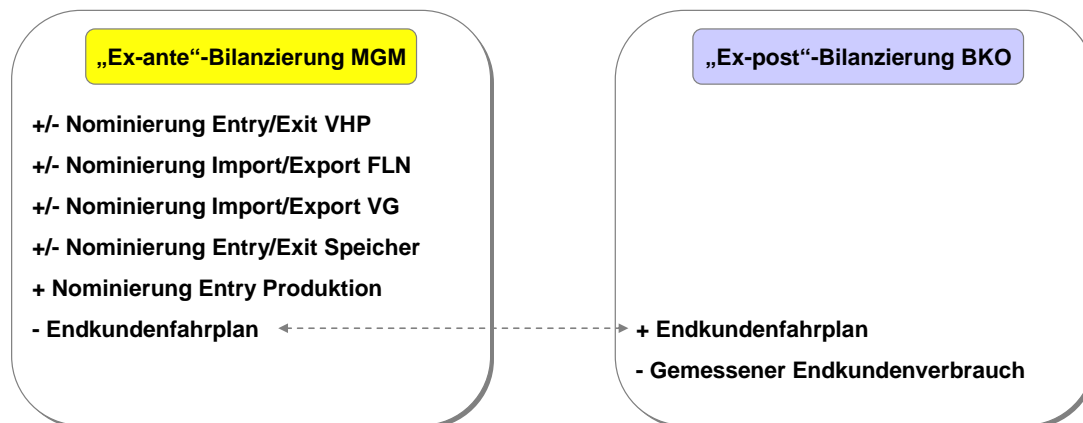
Kern des Modellvorschlags von Gas Connect Austria ist

- die Abbildung einer ex-ante Bilanzierung von Nominierungsungleichgewichten und
- die Abbildung einer ex-post Verrechnung von Abweichungen zwischen Endkundenfahrplänen und Ist-Verbrauchen

zur Darstellung der gesetzlich geforderten Unterscheidung zwischen einer ausschließlichen Tätigkeit von Bilanzgruppen im Fernleitungsnetz und der Tätigkeit auch im Verteilernetz.

Die ex-ante Bilanzierung von Nominierungsungleichgewichten umfasst aufgrund der speziellen netztopologischen Situation in Österreich auch nominierte Ein-/Ausspeisungen an Speicher, Produktion und „kleinem Grenzverkehr“ in Verteilernetzen.

Die Abgrenzung zwischen ex-ante und ex-post Bilanzierung wird in folgender Grafik dargestellt - die rechnerische Abgrenzung erfolgt über die zukünftig gesetzlich vorgeschriebenen Endkundenfahrpläne. (Endkundenfahrplänen haben dementsprechend keinen Zusammenhang mit der Grenze zwischen Fernleitung und Verteilernetz, sondern dienen ausschließlich der Anzeige der intendierten Endkundenversorgung.)



Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich entsprechend der gesetzlichen Funktion von Gas Connect Austria als Marktgebietsmanager auf die Ausgestaltung der ex-ante Bilanzierung.

Die ex-ante Bilanzierung bildet entsprechend den europäischen Vorgaben folgende Prinzipien ab:

- Bilanzgruppenverantwortliche sind grundsätzlich verpflichtet ihre Bilanzgruppen ausgeglichen zu nominieren bzw. sollten die Möglichkeit haben, sich immer (rechtzeitig) auszugleichen.
- Die Bilanzierung und der Ausgleich von Bilanzgruppen erfolgt auf das (Gas)Tagesende (Tagesbilanzierung) mit Anreizen für eine stündliche Ausgeglichenheit.
- Bilanziert werden bestätigte Nominierungen der Bilanzgruppenverantwortlichen (Deklaration).
→ keine Prognose- oder Allokationsunsicherheiten für Bilanzgruppenverantwortliche
- Ungleichgewichte werden den Bilanzgruppenverantwortlichen ex-ante mitgeteilt und ggf. über einen geschützten Bereich pro Bilanzgruppenverantwortlichem online angezeigt
- Tages-Ungleichgewichte werden nach Verstreichen einer Reaktionsfrist durch den Marktgebietsmanager im Namen und auf Rechnung des Bilanzgruppenverantwortlichen durch Kauf-/Verkaufs-Order für ein entsprechendes balance-of-day-Produkt an der Börse ausgeglichen.
→ Kauf/Verkauf zu aktuellen Börsepreisen ohne pönalisierende Zu- oder Abschläge

- Anreize für eine stündliche Ausgeglichenheit werden nur im Umfang der technischen Notwendigkeit und der Kosten von entsprechenden untertägigen Strukturierungsmaßnahmen wirksam.

Differenzen zwischen tatsächlichen Abnahmen von Endkunden und nominierten Werten (Endkundenfahrplan) werden im Rahmen der ex-post Verrechnung nach Vorliegen der tatsächlichen Messwerte und nach zu definierenden Regeln (s.o.) abgerechnet.

1.1.2 Eigenschaften des Modellvorschlags für Marktteilnehmer

- Bilanzgruppenverantwortliche ohne nominierte Ungleichgewichte tragen keinerlei Kosten für das ex ante Bilanzierungs- und Ausgleichssystem.
- Bilanzgruppenverantwortliche erhalten eine Reaktionszeit zum Ausgleich angezeigter Ungleichgewichte mit eigenen Mitteln.
- Nach Verstreichen der Reaktionszeit werden Tages-Ungleichgewichte zu Marktpreisen (Börse) für Standardprodukte für den Bilanzgruppenverantwortlichen ausgeglichen.
(Ident zu einem vom Bilanzgruppenverantwortlichen selbst ausgelösten Ausgleich an der Börse.)
- Abrechnungsregeln für nicht prognostizierbare Verbrauchsabweichungen können österreichischen Gegebenheiten angepasst werden und berühren nur Bilanzgruppen, die auch im Verteilergesamtgebiet tätig sind.

1.1.3 Erfüllung der nationalen Vorgaben durch den Modellvorschlag

GESETZLICHE ANFORDERUNG	REF. GWG	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Bilanzgruppenverantwortlichen geben an, ob die Bilanzgruppe auch im Verteilernetz oder ausschließlich im Fernleitungsnetz tätig ist.	§ 90 (2), Ende	Erfüllt durch: die Aufgabenteilung zwischen zeitnaher Bilanzierung entsprechend den europäischen Vorgaben und der Abrechnung von Differenzen zwischen dem prognostizierten Verbrauch von Endkunden und tatsächlichen Messwerten
Der MGM verwaltet die im Marktgebiet tätigen Bilanzgruppen und organisiert die Ausgleichsenergie-Abrechnung im Fernleitungsnetz im Zusammenwirken mit dem Betreiber des VHP und den Fernleitungsnetzbetreibern.	§ 14 (1), Ziff. 2, 14	Erfüllt durch: die ex-ante Bilanzierung durch den MGM und die Abrechnung von Ausgleichsenergie über die Börse

GESETZLICHE ANFORDERUNG	REF. GWG	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Der BKO verwaltet die im Verteilernetz tätigen Bilanzgruppen in organisatorischer und abrechnungstechnischer Hinsicht. Aufgaben des BKO sind weiters Berechnung, Zuordnung und Verrechnung der Ausgleichsenergie in den Verteilernetzen.	§87 (1), Ziff. 1, 2	Erfüllt durch: die Abrechnung von Differenzen zwischen dem prognostizierten Verbrauch von Endkunden und tatsächlichen Messwerten durch den BKO
Der Verteilergebietsmanager ruft physikalische Ausgleichsenergie im Verteilergebiet vorrangig über den VHP ab (im Namen und auf Rechnung des Bilanzgruppenkoordinators).	§18 (1), Ziff. 8, 22	Erfüllt durch: die Einrichtung einer gesonderten Bilanzgruppe des BKO und deren Bewirtschaftung (Kauf/Verkauf am VHP) durch den VGM
Der MGM koordiniert die Netzsteuerung und den Einsatz von Netzpufferung (Linepack) und ruft physikalische Ausgleichsenergie im Zusammenwirken mit dem Verteilergebietsmanager im Marktgebiet vorrangig über den VHP ab.	§ 14 (1), Ziff. 3	Erfüllt durch: die Netzsteuerung der Fernleitungsebene auf Basis nominierter Ein- und Ausspeisungen inklusive der VHP-Abrufe des VGM

1.1.4 Erfüllung der europäischen Vorgaben durch den Modellvorschlag

EUROPÄISCHE ANFORDERUNG	REF.	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
EU-Fernleitungsverordnung 715/2009		
Gerechte, nicht-diskriminierende und transparente Ausgleichsregeln, die auf objektiven Kriterien und marktorientierten Prinzipien aufbauen	Art. 21 (1)	Erfüllt durch: einfache und transparente Ausgleichsregeln und diskriminierungsfreie Preisfindung für Standardprodukte an der Börse
Ausgleichsregeln spiegeln die tatsächlichen Netzerfordernisse unter Berücksichtigung der dem Fernleitungsnetzbetreiber zur Verfügung stehenden Ressourcen wider	Art. 21 (1)	Erfüllt durch: die auf tatsächlichen Erfordernissen basierenden Anreize zur stündlichen Ausgeglichenheit

EUROPÄISCHE ANFORDERUNG	REF.	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Netzbenutzer erhalten zeitgerecht ausreichende und verlässliche Informationen über ihre eigenen Abweichungen, um sich selbst auszugleichen zu können	Art. 21 (2)	Erfüllt durch: die ex-ante-Information über erkennbare Bilanzungleichgewichte und die eingeräumte Reaktionszeit
Kostenorientierte Ausgleichsenergiepreise mit angemessenen Anreizen für Netzbenutzer, sich selbst auszugleichen	Art. 21 (3)	Erfüllt durch: die Preisfindung an der Börse und die Anreize zur stündlichen Ausgeglichenheit
Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass sich die Fernleitungsnetzbetreiber bemühen, die Ausgleichssysteme zu harmonisieren und die Struktur und Staffelung der Ausgleichsentgelte zu vereinfachen, um den Erdgashandel zu erleichtern.	Art. 21 (4)	Erfüllt durch: übergreifendes ex-ante Bilanzierungsmodell aller TSOs in Österreich mit direkt aus Börsenprodukten abgeleiteten Ausgleichsentgelten
ACER FG Gas Balancing		
Netzbenutzer sollen primär die Ausgleichsverantwortung für ihr Portfolio (bzw. Bilanzgruppe) tragen	Kap. 2, Abs. 4	Erfüllt durch: die Eigenverantwortlichkeit der Bilanzgruppenverantwortlichen, die entsprechende ex-ante Information über Unausgeglichenheiten und die Möglichkeit, zum Ausgleich durch den Bilanzgruppenverantwortlichen selbst (Reaktionszeit)
Das Bilanzierungs- und Ausgleichsmodell soll kostenneutral für die Fernleitungsnetzbetreiber (bzw. den Marktgebietsmanager) sein	Kap. 3, Abs. 2	Erfüllt durch: den Kauf/Verkauf von Ausgleichsenergie direkt im Namen der Bilanzgruppenverantwortlichen und die kostenorientierte Festsetzung von Strukturierungsanreizen
Fernleitungsnetzbetreiber (bzw. der Marktgebietsmanager) sollen die Ausgleichsenergieabwicklung über den Kauf/Verkauf von (möglichst within-day) Produkten am Großhandelsmarkt (gleichrangig zu Marktteilnehmern) durchführen	Kap. 3, Abs. 3	Erfüllt durch: den ausschließlichen Kauf und Verkauf von Standardprodukten an der Börse

EUROPÄISCHE ANFORDERUNG	REF.	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Bilanzierungsperiode als standardisiertes Tagesintervall, für das die Netzbenutzer individuell auf null ausgeglichen werden	Kap. 4.1, Abs. 1	Erfüllt durch: die Nutzung von balance-of-day-Produkten zum täglichen Ausgleich von Bilanzgruppen
Anreize zu untertägiger Verhaltensanpassung von Netzbenutzern, sofern dies der Gewährleistung der Systemstabilität und zur Minimierung der Bilanzierungserfordernisse dient	Kap. 4.2, Abs. 1	Erfüllt durch: die Setzung von Anreizen entsprechend den erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen des MGM
Mittel zur untertägigen Strukturierung sollen marktbasiert beschafft werden	Kap. 4.2, Abs. 2	Erfüllt durch: den Kauf/Verkauf von Gasmengen ausschließlich über Standardprodukte an der Börse
Der Ausgleichsenergiepreis orientiert sich am jeweiligen Marktpreis für vom Fernleitungsnetzbetreiber bzw. Marktgebietsmanager abgerufenes Gas, ein geringer Auf-/Abschlag ist möglich	Kap. 5.1, Abs. 5	Erfüllt durch: den Kauf/Verkauf von Ausgleichsenergie über Standardprodukte an der Börse ohne Auf-/Abschläge
Zeitnahe Informationsbereitstellung zu <ul style="list-style-type: none"> ■ Ein-/Auspeisemengen gesamt und pro Netzbenutzer, ■ Bilanzierungsaktivitäten der Fernleitungsnetzbetreiber bzw. des Marktgebietsmanagers, ■ und den Gesamtsystemstatus, um den Netzbenutzern einen Ausgleich zu ermöglichen	Kap. 6, Abs. 2, 3, 4	Erfüllt durch: die entsprechende ex-ante Information über Unausgeglichenheiten (noch vor dem Wirksamwerden der Nominierungen)
Fernleitungsnetzbetreiber (bzw. der Marktgebietsmanager) müssen, in Kooperation mit den Verteilernetzbetreibern (bzw. dem Verteilergebietsmanager), Verbrauchsprognosen von nicht täglich gemessenen Kunden auf day-ahead Basis zur Verfügung stellen und diese mindestens zweimal innerhalb des jeweiligen Tages aktualisieren	Kap. 6, Abs. 6	Erfüllbar durch: Sofern diese Informationen seitens der VNBs oder des VGM verfügbar sind, können sie auf der Plattform des MGM bereitgestellt werden.

1.2 BEANTWORTUNG DER FRAGEN

Anmerkung: Entsprechend dem Modellvorschlag von Gas Connect Austria ist die Einteilung des Bilanzierungs- und Ausgleichssystems in Fernleitungsebene und Verteilergebiet nicht sinnvoll, die Fragen wurden daher für die ex-ante Bilanzierung beantwortet.

Frage 1: *Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen im Fernleitungsnetz und Verteilergebiet individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des Gesamtsystems verhindert werden?*

Beantwortung: Gas Connect Austria steht auf dem Standpunkt, dass trotz unterschiedlicher Preise keine Arbitragemöglichkeit gegeben ist:

- Aufgrund der Tatsache, dass jede Bilanzgruppe in der ex-ante Bilanzierung direkt auf Basis von Börsepreisen ausgeglichen wird, ist im ersten Schritt gewährleistet, dass Marktteilnehmer nicht zwischen Börsen- und Ausgleichsmarkt arbitrieren können.
- Der entscheidende Unterschied zwischen ex ante und ex post liegt in dem vorgestellten Bilanzierungsmodell darin, dass ex ante jede Bilanzgruppe mit ihrer Unausgeglichenheit direkt am VHP auftritt. Demgegenüber ist der Ausgleichsenergiepreis in der ex-post Verrechnung von den sich insgesamt sich ergebenden Ungleichgewicht abhängig. Daher kann eine einzelne Bilanzgruppe nicht voraussehen, ob ihr – unabhängig vom Vorzeichen ihrer eigenen Unausgeglichenheit – ein Kauf- oder Verkaufspreis verrechnet wird. Dementsprechend wird jeder Bilanzgruppenverantwortliche das Verschieben von Unausgeglichenheiten ins ex post Regime aufgrund der unvorhersehbaren Bid-Ask-Spreads tunlichst vermeiden.
- Die Ausgleichsenergiekosten beider Systeme basieren grundsätzlich auf dem Großhandelsmarkt, sodass ein weitgehender Gleichlauf dieser Kosten ohne eindeutige, systematische Spreads gewährleistet ist.
- Zuletzt ergibt sich die Möglichkeit zur aktiven Gestaltung der Entstehung von Bilanzungleichgewichten in ex-ante Bilanzierung und ex-post Verrechnung lediglich durch Abgabe unrealistischer Endkundenfahrpläne. Die Abgabe systematisch unrealistischer Endkundenfahrpläne würde letztendlich in der ex-post Verrechnung auffällig werden.

Frage 2: *Soll es im Fernleitungsnetz Toleranzen pro Bilanzgruppe geben? In welcher Höhe und wie können diese ausgelegt sein (stündlich, kumulativ)?*

Beantwortung: → Siehe Beantwortung von Frage 9.

Frage 3: *Soll es unterschiedliche, kundengruppenspezifische Umlagesysteme für die untertägige Strukturierung geben? Wäre eine Wahlfreiheit des Netznutzers, sich einer bestimmten untertägigen Kundengruppe anzuschließen (etwa über einen Modulationstarif) einer zwangsweisen Einordnung vorzuziehen?*

Beantwortung: Das zur konsistenten Beantwortung dieser Frage erforderliche Vorwissen wurde weder in der Präsentation, noch in den Unterlagen vermittelt. Daher ist eine Auswer-

tung eingehender Antworten nicht aussagekräftig. Entsprechend der Interpretation von Gas Connect Austria ist diese Frage im Rahmen der ex-post Verrechnung zu beantworten.

Frage 4: *Wie können bei unterschiedlichen Ausgleichsenergiepreisen in angrenzenden Marktgebieten individuelle Optimierungsstrategien von Netzbenutzern zulasten des österreichischen Systems verhindert werden?*

Beantwortung: Unterschiedliche Ausgleichsenergiepreise in aneinander grenzende Marktgebieten können zwei grundsätzliche Ursachen haben:

- Unterschiede in den Bilanzierungs- bzw. Preisfindungssystemen
- Unterschiede in den zugrundeliegenden Marktpreisen

Unterschiede in den Bilanzierungs- und Preisfindungssystemen werden durch die europäische Harmonisierung ausgeschlossen. Es ist daher wichtig, dass die österreichischen Marktregeln die entsprechenden Entwicklungen vorweg nehmen.

Optimierungsstrategien die zu Marktpreisdifferenzen zwischen Marktgebieten minimieren sind grundsätzlich im Sinn des gemeinsamen Marktes. Dabei muss allerdings wie in dem vorgestellten Modell gewährleistet sein, dass von solchen Optimierungsmaßnahmen verursachte Kosten nicht anderen Marktteilnehmern zugerechnet werden.

Bei dem vorgestellten Modell der Gas Connect Austria ist diese Voraussetzung voll erfüllt.

Frage 5: *Sollen untertägige Beschränkungen auf Stundenbasis oder auf kumulierter Basis gesetzt werden?*

Beantwortung: → Siehe Beantwortung von Frage 9.

Frage 6: *Welche Veröffentlichungs- und Informationspflichten sind notwendig, um den Zielen eines marktorientierten Ausgleichsmodells zu entsprechen?*

Beantwortung: Gas Connect Austria sieht vor, zur Unterstützung der Marktteilnehmer in deren Ausgleichsverpflichtung und zur Erreichung einer größtmöglichen Transparenz folgende Informationen bereitzustellen:

- Direkte Information pro BGV über Ungleichgewichte auf individueller Basis
- Anzeige Systemstatus Gesamtmarktgebiet auf der Online-Plattform
- Veröffentlichung untertägiger Strukturierungsmaßnahmen (Börsegeschäfte des Marktgebietsmanager)
- Ggf. Endverbraucherprognose auf Basis von Standardlastprofilen (originär bereitgestellt durch Verteilernetzbetreiber oder Verteilergebietsmanager)

Frage 7: *Welche Bemessungsgrundlage sollte für Toleranzen herangezogen werden?*

Beantwortung: → Siehe Beantwortung von Frage 9.

Frage 8: *Sollte zwangsweise ein auf Prognose und zeitnahe Ausgleich basierendes Ausgleichsverfahren etabliert werden oder ist unter bestimmten Voraussetzungen die Möglich-*

keit zum nachträglichen Ausgleich eines entstandenen Ungleichgewichts ebenfalls zu berücksichtigen?

Beantwortung: Entsprechend dem Modellvorschlag von Gas Connect Austria sind nominier- te Ungleichgewichte zeitnah auszugleichen. Ein nachträglicher Ausgleich von Ungleichge- wichten ist im Rahmen der ex post Bilanzierung von Abweichungen zwischen Endverbrau- cherfahrplänen und tatsächlichen Verbräuchen vorstellbar.

Frage 9: *Sollte es in der Bilanzzone Toleranzen für den Stabilitätsgrad des Gesamtsystems geben? Sollten Netzbewutzer einen Anreiz zum Systemausgleich erhalten?*

Beantwortung: Entsprechend dem Modellvorschlag von Gas Connect Austria müssen stündliche Anreize in der ex-ante Bilanzierung so ausgestaltet werden, dass eine beabsich- tigte Inanspruchnahme von Ausgleichs-Ressourcen durch nominier- te stündliche Ungleich- gewichte vermieden wird.

Das Privileg der Tagesbilanzierung kann aus Sicht von Gas Connect Austria nicht so inter- pretiert werden, dass sich einzelne Netznutzer zu Lasten der Gesamtheit optimieren dürfen. Die Tagesbilanzierung ist im Gegenteil ein Privileg für die tagesscharfe Saldierung von un- vorhersehbaren Bilanzgruppenungleichgewichten. Diese unvorhersehbaren Bilanzgruppen- ungleichgewichte treten in dem vorgestellten Bilanzierungsmodell im Bereich der Ver- brauchsabweichungen (ex-post Verrechnung) auf. Diesbezügliche Clearing- und Settlement- Regeln können innerhalb des Tagesverlaufs Toleranzen vorsehen, wenn entsprechende Ausgleichs-Ressourcen (in erster Linie Linepack) zum Ausgleich dieser untertägigen Un- gleichgewichte zur Verfügung stehen (und nicht bereits durch eine beabsichtigte Inan- spruchnahme in der ex-ante Bilanzierung gebunden sind).

Dementsprechend steht Gas Connect Austria auf dem Standpunkt, dass im Bereich der ex- ante Bilanzierung keine Toleranzgrenzen eingeräumt werden und stündliche Anreize derge- stalt sein müssen, dass:

- ein deutlicher Anreiz zur Vermeidung nominierter untertägiger Ungleichgewichte für Transportkunden gegeben ist und
- allenfalls trotzdem entstehende Ungleichgewichte in vollem Umfang auf dem Groß- handelsmarkt ausgeglichen werden können (d.h. mit einer minimalen Inanspruch- nahme des für unvorhersehbare Ungleichgewichte reservierten Linepacks) und die daraus entstehenden Kosten über Strukturierungsbeiträge gedeckt werden.

Als Toleranz kann allenfalls die marktbedingte Fortschreibung nicht handelbarer Kleinmen- gen (<10MW) bzw. aufgrund von Vorlaufzeiten nicht für den Gastag wirksamer Geschäfte auf das Carry Forward Konto gesehen werden. Dies bietet Bilanzgruppenverantwortlichen den Vorteil, dass marktbedingt nicht ausgleichbare Ungleichgewichte im Laufe des nächsten Gastages ausgeglichen werden können.

Ein stündliches Anreizsystem in der ex-ante-Bilanzierung ist auch angezeigt, da der tages- scharfe Ausgleichsmechanismus im Modellvorschlag von Gas Connect Austria (im Gegen- satz zu anderen Modellen z.B. Deutschland) keine pönalisierenden Auf- und Abschläge auf

Marktpreise vorsieht und damit allein nur ein geringer Anreiz für die Abgabe ausgeglichener Nominierungen durch die Bilanzgruppenverantwortlichen besteht.

2 STELLUNGNAHME ZU ENTRY-/EXIT-KAPAZITÄTEN

Gas Connect Austria hat entsprechend der expliziten gesetzlichen Aufgabe des Marktgebietsmanagers (GWG § 14 Abs. 1 Zi. 4) in Zusammenarbeit mit dem Verteilergebietsmanager und den Fernleitungsnetzbetreibern ein einheitliches Berechnungsschema zur Ermittlung und Ausweisung der Kapazitäten an Ein- und Ausspeisepunkten des Fernleitungsnetzes des Marktgebiets ausgearbeitet und ECA präsentiert.

Das vorgeschlagene einheitliche Berechnungsschema stellt auf die aus KARLA-Gas und netzübergreifenden Marktgebieten resultierenden Kapazitätsmodelle deutscher Fernleitungsnetzbetreiber ab. Dieser Ansatz nutzt die Erfahrungen und den letzten Entwicklungsstand deutscher Fernleitungsnetzbetreiber in der europaweit einzigartigen Situation von netzbetreiberübergreifenden Marktgebieten (die diesem Vorbild entsprechend auch in Österreich gesetzlich vorgesehen ist).

Die von KEMA vorgestellte Berechnungsmethodik auf Basis von wahrscheinlichen Lastfluss-Szenarien wurde auf Basis der diesbezüglichen Erfahrungen deutscher Fernleitungsnetzbetreiber unter anderem aus folgenden Gründen bewusst nicht von Gas Connect Austria aufgegriffen:

- Österreich nimmt als Transitland mit einer Verteilung zwischen Inlands- und Transitströmen im annähernden Verhältnis 1:4 eine Sonderstellung ein. Eine Betrachtung auf Basis von „wahrscheinlichen“ Szenarien vernachlässigt die Dynamik der internationalen Gasmärkte und die resultierenden Veränderungen der europäischen Gasflüsse, wodurch sich innerhalb kurzer Zeit eine wesentliche Änderung der Wahrscheinlichkeit eines Szenarios ergeben kann.
- Im Endresultat führt dies zu statistisch (mehr oder weniger) garantierten Kapazitäten, d.h. jedes Kapazitätsprodukt beinhaltet ein Unterbrechungsrisiko für den Netzbenutzer und ein Unterbrechungsrecht für den Netzbetreiber, das nicht auf die vertraglich vorgesehenen Gründe (technische Einschränkungen, geplante Instandhaltungen, etc.) beschränkt ist.
- Die Definition eines Wahrscheinlichkeits-Schwellwertes für die Klassifizierung von statistisch garantierten Kapazitäten ist willkürlich und auf die für die Zukunft nicht maßgebliche Vergangenheit ausgerichtet.
- Bei einer Nicht-Berücksichtigung des Ausweises von DZK können bestehende Verträge daher nicht im selben Ausmaß und derselben Qualität erfüllt und übergeleitet werden.
- Darüber hinaus ist die Anwendung von statistisch garantierten Kapazitäten gesetzlich nicht vorgesehen und kann daher entsprechend der Übergangsbestimmung des GWG nicht für bestehende Kapazitätsverträge zur Anwendung kommen. Hier ist explizit die Einschränkung der Erreichbarkeit des virtuellen Punkts zu Darstellung der

bestehenden Verträge vorgesehen. Daneben sind in GWG § 74 (1) explizit Kapazitäten mit beschränkter Zuordenbarkeit angeführt.

- Die Rechtssicherheit und die Transparenzanforderungen erfordern es, für Netznutzer klare Bedingungen für die Erfüllung der vertraglichen Pflichten des Netzbetreibers zu geben. Die Einführung statistisch garantierter Kapazitäten vernachlässigt die Angabe transparenter Nutzungsbedingungen unter welchen allein aufgrund der Handlungen des einzelnen Netznutzers eine garantierte Nutzung möglich ist. Statistisch garantierte Kapazitäten sind als unterbrechbar zu qualifizieren, da sie dem einzelnen Netznutzer keinen Hinweis für eine garantierte Erfüllung der Vertragspflichten geben, sondern diese Erfüllung gesamthaft von dem Verhalten aller Netznutzer und der resultierenden Lastflusssituation abhängig machen.
- Gänzlich offen bleibt die Frage, wie im Fall einer statistisch nicht vorgesehenen Lastflusssituation die Unterbrechung von Transportverträgen diskriminierungsfrei, verursachungsgerecht und vertragskonform vorzunehmen ist. Anzunehmen ist dass im Sinne einer diskriminierungsfreien Behandlung nicht zwischen der Unterbrechung von Gasströmen zur Inlandsversorgung und von Transit-Strömen differenziert werden kann.

2.1 MODELLVORSCHLAG GAS CONNECT AUSTRIA ZU ENTRY/EXIT-KAPAZITÄTSMODELL

Das von Gas Connect Austria in Abstimmung mit den Fernleitungsnetzbetreibern und dem Verteilergebietsmanager ausgearbeitete Berechnungsschema hat im Wesentlichen folgende Merkmale:

- Darstellung von Entry/Exit-Kapazitäten, die unabhängig voneinander, in unterschiedlicher Höhe und zeitlich voneinander abweichend gebucht werden können.
- Darstellung von garantierten Entry-/Exit-Kapazitäten, die nur im Fall technischer Einschränkungen (force majeure) oder vertraglich vorgesehener und angekündigter Instandhaltungsarbeiten vom Netzbetreiber unterbrochen werden können.
- Darstellung von klaren Bedingungen für den garantierten Abruf und die Erfüllung von Transportleistungen, die für jeden einzelnen Netznutzer selbst beeinflussbar sind.
- Darstellung von garantierten, frei zuordenbaren Kapazitäten (s.u.) für die Inlandsversorgung und weite Teile des bisherigen Transitgeschäftes.
- Maximierung der garantierten und frei zuordenbaren Kapazitäten unter Berücksichtigung der tatsächlichen (physikalischen) Systembedürfnisse

Randbedingung für das Entry/Exit-Kapazitätsmodell ist die Erfüllung bestehender Verträge entsprechend den Übergangsbestimmungen GWG §170.

2.1.1 Ergebnisse des Modellvorschlags

Das Modell von Gas Connect Austria, BOG und TAG sieht für das Fernleitungsnetz drei Kapazitätsarten vor wobei im jetzigen Modellentwurf rund 85% der Entry Kapazitäten und Exit Kapazitäten als FZK angeboten werden:

- **FZK:** Feste (garantierte), frei zuordenbare Kapazität, d.h. keine Nutzungseinschränkungen zu anderen Punkten des Marktgebiets (inkl. VHP)
- **DZK:** Feste (garantierte), dynamisch zuordenbare Kapazität. Die Nutzung von DZK in Kombination mit spezifizierten Entry/Exit-Punkten ist garantiert, eine Nutzung im Zusammenhang mit anderen Entry/Exit-Punkten (bzw. VHP) ist auf unterbrechbarer Basis möglich.
- **UK:** Unterbrechbare Kapazität

Exit-Kapazitäten von der Fernleitungsebene in das Verteilgebiet werden ausschließlich als FZK angeboten, d.h. die uneingeschränkte Verbindbarkeit dieser Exitpunkte in das Verteilernetzgebiet mit allen Entrypunkten ist sichergestellt.

Das Berechnungsmodell für den Kapazitätsausweis berücksichtigt dabei alle Verbindungen zwischen den Fernleitungen zur Maximierung des Angebots von FZK. Dies geschieht insbesondere durch die optimale und bedarfsgerechte Nutzung der Infrastruktur inkl. der Verlagerungsmöglichkeit von Gasflüssen vor Baumgarten.

2.1.2 Eigenschaften des Modellvorschlags für Marktteilnehmer

- Alle bestehenden vertraglichen Transportrechte können auf garantierter Basis abgebildet werden, die nur im Fall technischer Einschränkungen (force majeure) oder vertraglich vorgesehener und angekündigter Instandhaltungsarbeiten vom Netzbetreiber unterbrochen werden können.
- Die bisherige Nutzung der Transportrechte wird weiterhin uneingeschränkt ermöglicht und im Ausmaß der maximalen technischen Möglichkeiten um einen garantierten Zugang zum VHP erweitert. Außerhalb der maximalen technischen Möglichkeiten wird jedenfalls der gesetzlich vorgesehene unterbrechbare Zugang zum VHP gewährleistet.
 - Steigerung der Produktqualität durch Überführung der garantierten Punkt-zu-Punkt Kapazitäten in garantierte FZK und DZK
- Verfügbare (nicht gebuchte) Kapazitäten werden auf garantierter Basis maximiert und ermöglichen den Transportkunden eine bedarfsgerechte Buchung.
- Die Bedingungen für die garantierte Nutzbarkeit der Kapazitäten durch Transportkunden sind transparent und durch jeden einzelnen Transportkunden durch eigenes Verhalten steuerbar.
 - keine Abhängigkeit vom Verhalten anderen Transportkunden hinsichtlich der garantierten Produkteigenschaften.
- Keine Erhöhung der Netzentgelte durch Lastflusszusagen im Fernleitungsnetz

- Endverbraucher im Verteilergebiet erhalten den gesetzlich vorgesehenen unbeschränkten und garantierten Zugang zum VHP.

2.1.3 Erfüllung der nationalen Vorgaben durch den Modellvorschlag

GESETZLICHE ANFORDERUNG	REF. GWG	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Der Fernleitungsnetzbetreiber hat dem Netzbenutzer die Möglichkeit des Handels am Virtuellen Handelspunkt einzuräumen und zwar grundsätzlich auf garantierter Basis; falls dies technisch nicht möglich ist, auf unterbrechbarer Basis.	GWG §170 (6) Ziff. 3	Erfüllt durch: FZK ermöglicht den Handel am virtuellen Handelspunkt im maximal technischen Ausmaß auf garantierter Basis. Sofern die Erreichbarkeit des virtuellen Handelspunkts technisch nicht garantiert werden kann wird ein unterbrechbarer Zugang durch DZK gewährt.
Kapazitäten mit beschränkter Zuordenbarkeit im Unterschied zu unterbrechbaren Kapazitäten	GWG §74 (1)	Erfüllt durch: den Ausweis von DZK, die garantiert eine beschränkte Zuordenbarkeit ermöglichen und eine Steigerung der Produktqualität durch die unterbrechbare Erreichbarkeit von allen Punkten außerhalb der Zuordnungsbeschränkung (inkl. VHP) ermöglichen.
Der MGM erstellt ein einheitliches Berechnungsschemas zur Ermittlung und Ausweisung der Ein- und Ausspeisekapazitäten der Fernleitungsnetze	GWG §14 (1) Ziff. 4	Erfüllt durch: die Vorgabe eines Berechnungsschemas zur Berechnung von garantierten Kapazitäten und der Definition transparenter Nutzungsbedingungen nach dem Vorbild des deutschen Netzzugangsmodells entsprechend KARLA-Gas.
Kapazität berechtigt zur Ein- bzw. Ausspeisung jeweils bis/von VHP	GWG §31 (3)	Erfüllt durch: die klare Formulierung des Zugangs zum VHP auf garantierter oder unterbrechbarer Basis.

GESETZLICHE ANFORDERUNG	REF. GWG	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
Zusammenarbeit zwischen TSO und VGM bei der Berechnung und Ausweisung von technischen Kapazitäten zur Maximierung des Kapazitätsausweises in den miteinander verbundenen Netzen	GWG §34 (2)	Erfüllt durch: die Zusammenarbeit des Marktgebietsmanagers, der Fernleitungsnetzbetreiber und des Verteilergebietsmanagers in der Formulierung des Kapazitätsmodells und der abgestimmten Definition von Umfang und Qualität (FZK) an den Grenzen zwischen Fernleitung und Verteilergebiet.
<ul style="list-style-type: none"> ■ TSO bieten feste und unterbrechbare Kapazitäten an ■ Möglichkeit zu Kapazitätsbuchungen unabhängig voneinander, in unterschiedlicher Höhe und zeitlich voneinander abweichend 	GWG §36 (1)	Erfüllt durch: Ergebnisse des Modells sind FZK und DZK auf garantierter Basis und darüber hinaus UK
Kapazitätsangebot mindestens auf Jahres-, Monats- und Tagesbasis für alle buchbaren Punkte	GWG §36 (2)	Die Ausgestaltung der Produkte hinsichtlich Laufzeit wird letztlich auf europäischer Ebene fallen. Der aktuelle Entwurf des Cam NC beinhaltet die angeführten Produkte; Eine gesonderte diesbezügliche Entscheidung daher nicht notwendig

2.1.4 Erfüllung der europäischen Vorgaben durch den Modellvorschlag

EUROPÄISCHE ANFORDERUNG	REF.	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
EU-Fernleitungsverordnung 715/2009		
Buchung von Ein- und Ausspeisekapazitäten unabhängig voneinander	Einleitung Pkt. 19	Erfüllt durch: die unabhängige Buchungs- und freie Kombinationsmöglichkeit von FZK und DZK-Kapazitäten im Rahmen der transparenten Vertragsbedingungen
TSOs stellen sowohl verbindliche als auch unterbrechbare Dienstleistungen für den Zugang Dritter bereit	Art. 14 (1) lit. b	Erfüllt durch: FZK und DZK auf garantierter Basis und das darüberhinausgehende Angebot von unterbrechbarer Kapazität

EUROPÄISCHE ANFORDERUNG	REF.	ANFORDERUNGSERFÜLLUNG
TSOs bieten ungenutzte Kapazität auf dem Primärmarkt zumindest auf „day-ahead“-Basis und als unterbrechbare Kapazität an	Art. 16 (3) lit. a	Die finale Ausgestaltung der Engpassmanagementmaßnahmen „CMP“ wird auf europäischer Ebene in Form eines Kommitologieverfahrens geregelt und erlangt auf diesem Weg unmittelbar verbindlichen Charakter; eine gesonderte diesbezügliche Regelung ist demnach nicht notwendig.

2.2 BEANTWORTUNG DER FRAGEN

Frage 1: *Inwieweit halten Marktteilnehmer das Angebot von nicht-festen Kapazitäten, z.B. in der Form von unterbrechbaren Kapazitäten in Klassen mit unterschiedlichen Unterbrechungswahrscheinlichkeiten für sinnvoll und akzeptabel?*

Beantwortung: Garantierte Kapazitäten werden nicht nur von den Kunden eindeutig gegenüber unterbrechbaren Kapazitäten bevorzugt, sondern auch auf europäischer Ebene und den entsprechenden Vorschriften. Die ACER CAM framework guideline konzentriert ihre Harmonisierungsbestrebungen richtigerweise auf die Bündelung von grenzquerenden Kapazitäten auf garantierter Basis wohingegen sie bzgl. unterbrechbarer Kapazitäten lediglich von einem „alignment“ spricht. Dies nicht zuletzt aufgrund der Planbarkeit und Zuverlässigkeit der Dienstleistungen auf garantierter Basis zur Versorgung der einzelnen (End-)Kunden. Unterbrechbare Transporte hingegen sind typische „add on“ Dienstleistungen und werden auch primär als solche gekauft und anschließend entsprechend genutzt. Ein Aufteilen der unterbrechbaren Dienstleistungen in verschiedene Klassen kann das grundlegende Qualitätsmanko nämlich die Unterbrechung an sich nicht kompensieren.

Frage 2: *Wie werden Kapazitäten mit Beschränkung der freien Zuordenbarkeit durch Marktteilnehmer beurteilt? Sind diese Kapazitäten notwendig um ausreichend feste Kapazitäten bereitzustellen, und können ggf. andere Instrumente wie z.B. unterbrechbare Kapazitäten oder Lastflusszusagen den gleichen Effekt erzielen?*

Beantwortung: Kapazitäten mit der Beschränkung der Zuordenbarkeit sind unterbrechbaren Kapazitäten jedenfalls vorzuziehen, da ihr garantierter Charakter jene zuvor beschriebenen positiven Eigenschaften der Planbarkeit und der Zuverlässigkeit bei der (End-)Kundenversorgung mit sich bringt. Zudem eignen sie sich insbesondere zur bedarfsgerechten Nachfragedeckung der speziellen Marktsituation bzw. Marktanforderungen in einem Transitland und erhöhen den Ausweis an garantierten Kapazitäten bei gleichzeitiger Verbesserung der Dienstleistungsqualität.

Lastflusszusagen sind theoretisch geeignet, das Angebot an festen Kapazitäten zu erhöhen, beinhalten allerdings jedenfalls zusätzliche Risiken hinsichtlich Preis und Verfügbarkeit, die sich mit dem Umfang der insgesamt benötigten Lastflusszusagen überproportional erhöhen. Praktisch hat sich in Deutschland gezeigt, dass Lastflusszusagen nur für einen relativ kurzen

Vorschauzeitraum verfügbar sind und zu wirtschaftlich sinnvollen Konditionen angeboten werden. Dementsprechend sind Lastflusszusagen praktisch ungeeignet langfristig garantierte Kapazitätsversprechen von Netzbetreibern abzusichern, da sie für einen längeren Vorschauzeitraum schlicht nicht wirtschaftlich darstellbar sind. In einem Transitland, wo Lastflusszusagen zwangsläufig andere Märkte involvieren, ist zu erwarten, dass das noch viel stärker zur Geltung kommt.

Frage 3: *Wie schätzen Marktteilnehmer das Potenzial für das Angebot von Lastflusszusagen in Österreich ein und wie müssten diese gestaltet sein?*

Beantwortung:

Um diese Frage erschöpfend beantworten zu können, ist es notwendig, Lastflusszusagen und deren (geplante) Effekte vorab exakt zu definieren, wobei es insbesondere zu berücksichtigen gilt, für welchen Markt sie zur Anwendung kommen sollen (Transit vs. National). Beispielfalls kann man Lastflusszusagen im Transitbereich - schon allein aufgrund der bewegten Mengen - lediglich auf angrenzenden Nachbarmärkten nachfragen.

Anbieter von Lastflusszusagen müssen jedenfalls über alternative Transportpfade verfügen, um im Fall eines Abrufs die zur Versorgung notwendigen Gasströme umleiten zu können. Erfahrungsgemäß erfüllt (jedenfalls im Transitbereich) nur ein kleiner Kreis der (etablierten) Transportkunden über diese Möglichkeiten. Dieser kleine Kreis von Transportkunden exponiert sich mit jedem Angebot von Lastflusszusagen als marktbeherrschendes Unternehmen und muss sich regelmäßig Fragen hinsichtlich der unrechtmäßigen Nutzung dieser Marktmacht (Preisstellung) und der Hortung von (zum Angebot der Lastflusszusagen notwendigen) Redundanz-Kapazitäten stellen. Letztendlich hat das vielfach dazu geführt, dass Lastflusszusagen von etablierten Transportkunden grundsätzlich nicht angeboten werden.

Aus Sicht von Gas Connect Austria ist daher die Einführung von Zuordnungsbeschränkungen dem Einsatz von Lastflusszusagen im Transitmarkt grundsätzlich vorzuziehen. Zuordnungsbeschränkungen sind sowohl kostenseitig bewertet die günstigere Alternative für die Marktteilnehmer und ermöglichen im Gegensatz zu Lastflusszusagen den geforderten Ausweis von langfristig garantiert verfügbaren Kapazitäten.

Lastflusszusagen sollten allenfalls zur Sicherstellung der Engpassfreiheit innerhalb des Marktgebiets (zwischen Fernleitungsebene und Verteilernetzen) zum Einsatz kommen.

3 STELLUNGNAHME ZU TARIFMODELL

3.1 ANFORDERUNGEN AN DAS TARIFMODELL

Gesetzliche Anforderungen an das Tarifmodell sind:

- dass die Tarife entsprechend GWG § 72 Abs. 1 neben der Förderung von Wettbewerb und Handel der Kostenorientierung und weitestgehenden Verursachungsgerechtigkeit entsprechen müssen und Anreize für eine effiziente Nutzung der Infrastruktur setzen müssen.

- dass Netznutzungsentgelte im Fernleitungsnetz entsprechend den Vorgaben des GWG § 74 Abs. 1 dementsprechend bezogen auf die vertraglich vereinbarte Leistung pro Ein- und Ausspeisepunkt in das Fernleitungsnetz des Marktgebietes, sowie pro Ausspeisepunkt aus dem Fernleitungsnetz ins Verteilergebiet getrennt voneinander festzulegen sind und zu entrichten sind (diese gesetzliche Vorgabe wird konsequent durch § 74 Abs. 2 gestützt in dem abweichend von der sonst gleichlautenden Regelung in § 73 Abs. 5 explizit nicht von einem einheitlichen Netzentgelt gesprochen wird)
- dass die Ermittlung der Netznutzungsentgelte im Fernleitungsnetz (in explizitem Gegensatz zum Verteilgebiet) entsprechend GWG § 83 Abs. 1 aufgrund einer genehmigten Methode durch den einzelnen Fernleitungsnetzbetreiber zu erfolgen hat;
- dass entsprechend GWG § 74 Abs. 1 Kapazitäten mit beschränkter Zuordenbarkeit bei der Entgeltfestsetzung entsprechend zu berücksichtigen sind;
- dass entsprechend der EG-Verordnung 715/2009 (Einleitung) Netzentgelte die effizienten Kosten widerspiegeln und dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung entsprechen müssen.

Materielle Anforderungen an das Tarifmodell sind:

- dass bestehende Transportverträge im Sinne eines weitestgehenden Beibehaltung des vertraglichen Tariffhöhe zu erhalten sind und vertragliche Änderungen auf das gesetzliche bedingte Mindestmaß beschränkt werden müssen;
- dass die Tariffhöhe im Sinne der Kostenverursachungsgerechtigkeit die Beanspruchung der Infrastrukturnutzung abbildet;
- dass möglichst frühzeitig Klarheit über die zukünftige Tariffhöhe (u.a. für die gesetzlich vorgeschriebene Kapazitätsübertragung an Versorger und die Verlagerung des ITAP auf den virtuellen Handelspunkt) hergestellt wird;
- dass mögliche zukünftige Entwicklungen z.B. in Richtung Trading Region (Entfall von bisher tarifierten Punkten) berücksichtigt werden;
- dass entsprechend GWG § 74 Abs. 1 die Preisdifferenzierung anhand von Qualitätsmerkmalen ermöglicht wird und die bedarfsgerechte Nachfragedeckung seitens der Kunden unterstützt wird;
- dass Quersubventionierungen im Sinne der Anforderung an die kostenbasierte und diskriminierungsfreie Tarifiermittlung lt. EG-Verordnung 715/2009 zu vermeiden sind und dementsprechend Investitionen und damit verbundene Kosten verursachungsgerecht zugewiesen werden (d.h. Investitionen, welche durch die Nachfrage benachbarter ausländischen Märkte ausgelöst werden, müssen nicht von Inlandskunden bezahlt werden).

3.2 ANMERKUNGEN ZU DEN VORGESTELLTEN ZWISCHENERGEBNISSEN

Die vorgestellten Zwischenergebnisse sind aus Sicht von Gas Connect Austria nicht geeignet die gesetzlichen und materiellen Anforderungen (s.o.) zu erfüllen, da die dogmatische Festlegung identischer Tariffhöhen für Einspeisung in das Marktgebiet und Ausspeisung zum

Verteilergebiet klar den gesetzlichen Anforderungen nach Kostenwahrheit und Nichtdiskriminierung widersprechen.

Aus Sicht von Gas Connect Austria kann das bestehende Tarifmodell alle gesetzlichen und materiellen Anforderungen erfüllen, die geforderte Darstellung Entry-/Exit-Tarifen rechtzeitig gewährleisten und marktkonforme Entgelte zur bedarfsgerechten Deckung der Kundenachfrage sicherstellen.

Der Modellvorschlag von KEMA kann zur Validierung des bestehenden Tarifmodells dienen und Hinweise für zukünftige Weiterentwicklungspotentiale liefern. Dazu ist allerdings ein erheblicher Abstimmungs- und Weiterentwicklungsbedarf der vorgestellten Ansätze gemeinsam mit den Netzbetreibern erforderlich. (Diese Abstimmung hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings noch nicht begonnen.)

3.3 BEANTWORTUNG DER FRAGEN

Frage 1: *Das Konzept enthält die Empfehlung einer individuellen Kapazitätsvermarktung inkl. eines Erlösausgleichsmechanismus (aufgrund der integrierten Tarifberechnung) zwischen Netzbetreibern, wie sehen Marktteilnehmer diese Empfehlung, welche Alternativen wären vorstellbar?*

Beantwortung: Bei einer sinnvollen und trennscharfen Zuteilung der Kosten kann die Notwendigkeit des Erlösausgleichs zwischen den Fernleitungsnetzbetreibern minimiert werden bzw auf bilateraler Basis zwischen den betroffenen Fernleitungsnetzbetreibern geregelt werden. Unnötige Komplexität ist schon allein aus Transparenzgründen zu vermeiden.

Frage 2: *Wie sehen Marktteilnehmer bei direkter Zuordnung von Netzkosten auf Speicherpunkte die Tarifierung an Speicherpunkten auf Basis simpler Jahreskapazitäten bzw. durch Netzzutrittsentgelte versus einer Tarifierung die die individuelle Speichernutzung reflektiert (z.B. kurzfristige Netzkapazitätsprodukte), also Kostendeckung durch Netznutzungsentgelte?*

Beantwortung: Aus Sicht des Fernleitungsnetzbetreibers gilt es darauf hinzuweisen, dass die ihm entstehenden Kosten jedenfalls in Form von verursachungsgerechten Tarifen abgegolten werden, d.h. für den Fall, dass Speicheranlagen direkt an das Fernleitungsnetz anschließen und gleichzeitig die Möglichkeit einer Grenzüberschreitung bieten, dieselben Grundsätze für die Tarifierung und Kapazitätsvergabe wie für herkömmliche grenzüberschreitende Punkte gelten müssen. Das Entgelt ist jedenfalls immer entsprechend GWG § 74 Abs. 2 auf Basis der vertraglich vereinbarten Leistung zu entrichten.

Frage 3: *Wie beurteilen Marktteilnehmer die Bepreisung von unterjährigen Kapazitäten und die Anwendung von Saisonalitätsfaktoren?*

Beantwortung: Der aktuelle Entwurf des CAM Network Code sieht ein Vorhalten von 10% der Kapazität zur Vermarktung von kurzfristigen Transportdienstleistungen vor. Demnach steht diese Kapazität dem Fernleitungsnetzbetreiber nicht zur langfristigen Vermarktung und folglich zur zuverlässigen Deckung der Investitionen zur Verfügung. Das inherente Vermarktungsrisiko ist dem TSO mittels Zeitfaktoren auszugleichen, d.h. die Höhe der Startpreise für kurzfristige Kapazitätsprodukte muss dieses zusätzliche Risiko reflektieren.